

Jahrbuch

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

1956/57

**Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

X 1271

Alle Rechte vorbehalten!

Verlag: Neuer Vorwärts Verlag Nau & Co., Hannover - Bonn
Gesamtherstellung: Presse-Druck GmbH, Bielefeld, Detmold, Minden

- der Partei wahrzunehmen, um stärkeren Einfluß auf einzelne Gesellschaftsgruppen auszuüben.
2. Die Tätigkeit in den Arbeitsgemeinschaften ist Teil der Parteiarbeit. Ihre verantwortlichen Vertrauensleute bedürfen für ihre Tätigkeit der Bestätigung der zuständigen Parteikörperschaften. Die Arbeitsgemeinschaften sind keine Gliederungen im Sinne des Organisationsstatuts. Sie erheben keine Beiträge.
 3. Die Bildung von neuen Arbeitsgemeinschaften bedarf der Zustimmung des Parteivorstandes. Die Arbeitsgemeinschaften, die in der Partei schon bestehen, aber innerhalb eines Bezirks neu gebildet werden sollen, bedürfen der Genehmigung des zuständigen Bezirksvorstandes.
 4. Die in einem Bezirk bestehenden örtlichen oder unterbezirklichen Arbeitsgemeinschaften können zur Förderung ihrer Aufgaben zu einer Bezirksarbeitsgemeinschaft zusammengefaßt werden.
 5. Die Parteistellen aller Organisationsstufen sollen die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften nach besten Kräften fördern. Soweit die Arbeitsgemeinschaften materielle und finanzielle Zuwendungen erhalten, obliegt die Verwaltung dieser Leistungen den zuständigen Vorständen der Partei.
 6. Die Aufgabenstellung der einzelnen Arbeitsgemeinschaften wird vom Parteivorstand mit Vertretern der einzelnen Arbeitsgemeinschaften festgelegt.

Kommunalpolitische Richtlinien

Der Parteivorstand stimmte am 29. März 1957 den vom Kommunalpolitischen Ausschuß erarbeiteten Richtlinien zu (siehe Artikel Kommunalpolitik).

Bundestagswahl 1957

Sicherheit für alle

durch Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit

durch soziale Gerechtigkeit

durch geistige Freiheit

durch Festigung der Demokratie nach innen und außen.

(Sitzung Parteivorstand, Parteiausschuß, Kontrollkommission und Bundestagsfraktion am 15. Juni 1957 in Dortmund.)

Am 15. September 1957 bestimmen die Wähler die Politik des freien Deutschlands für die nächsten vier Jahre. Es geht um die verantwortliche Entscheidung über die Lebens- und Tagesfragen unseres ganzen Volkes. Es geht nicht um Ideologien oder um konfessionelle Probleme. Die christliche Grundhaltung unseres Volkes ist so selbstverständlich wie sein Bekenntnis zur Demokratie.

Worauf kommt es an?

Deutschland ist in gesicherter Freiheit wieder zu vereinigen. Die Menschen in den beiden Teilen Deutschlands dürfen sich nicht noch weiter auseinanderleben.

Die künftige Bundesregierung hat eine neue Politik zu betreiben, die zur Entspannung der internationalen Gegensätze und zur Verständigung beiträgt, um endlich den Frieden in der Welt zu verwirklichen.

Die Freiheit des Geistes und des Gewissens ist zu wahren und die politische Demokratie fest in sozialer Gerechtigkeit zu verankern, um den inneren Frieden zu sichern.

Darum muß die Vorherrschaft der CDU/CSU gebrochen werden. Sie ist der Versuchung erlegen, ihrer Partei-Allmacht den Staat dienstbar zu machen. Sie versucht, Verwaltung und Bundeswehr unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen.

Die neue Bundesregierung darf nicht wieder auf der Alleinherrschaft einer Partei fußen. Sie braucht eine breite demokratische Grundlage. Sie muß sich um eine Zusammenarbeit aller Kräfte einschließlich der künftigen Opposition bemühen, weil Lebensfragen unseres Volkes auf dem Spiele stehen.

Nur wenn die Wähler der Sozialdemokratischen Partei genug Gewicht geben, wird eine neue Regierung auf dieser Grundlage und mit dieser Zielsetzung arbeiten können. Je stärker die Sozialdemokratische Partei aus den Wahlen hervorgeht, um so größer ist die Sicherheit für den Frieden und die äußere und die innere Freiheit. Nur so wird an die Stelle der gescheiterten Experimente Adenauers in den Fragen der Wiedervereinigung und der europäischen Sicherheit eine stabile Politik treten.

Wiedervereinigung Deutschlands und Frieden

In der Erkenntnis, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit, die militärische Abrüstung und die politische Entspannung eine unteilbare Einheit sind, bekennt sich die Sozialdemokratische Partei zu den folgenden Leitgedanken: Alle Anstrengungen sind zu unternehmen, um ein Abkommen über die allgemeine, international kontrollierte Abrüstung und über die Ausschaltung von Atomwaffen zu erreichen. Die Vereinten Nationen sind auch durch die Errichtung einer internationalen Polizei zu stärken. Der erste, sofort zu unternehmende Schritt ist ein Abkommen der für die Wiederherstellung der deutschen Einheit Verantwortlichen, das die Lagerung atomarer Waffen in beiden Teilen Deutschlands verhindert. Weil die Gefahr eines Atomkrieges wächst, je mehr Mächte Atomwaffen haben, ist in Europa ein atomwaffenfreier Raum zu schaffen. Eine Ausdehnung der atomaren Bewaffnung auf das gesplattene Deutschland wird dagegen seine Wiedervereinigung unmöglich machen. Deutschland wird zum Experimentierfeld der Politik atomarer Drohungen herabgewürdigt.

Die Verträge über die Zugehörigkeit von Teilen Deutschlands zueinander feindlichen Militärblöcken sind im Verhandlungswege durch einen Vertrag abzulösen, der ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem durch ein Bündnis aller mit allen bildet. Das wiedervereinigte Deutschland muß zur wirksamen Sicherung seiner Freiheit mit gleichen Rechten und Pflichten an diesem Bündnis teilnehmen. Das Sicherheitssystem muß den Grundsätzen der Vereinten Nationen entsprechen sowie die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion als Garantemächte einbeziehen. Mit der Errichtung dieses Sicherheitssystems ist der Abschluß eines Verhandlungsfriedens für ein freies Gesamtdeutschland mit den ehemaligen Kriegsgegnern zu verbinden.

Bis zum Abschluß dieses Sicherheitssystems sind alle Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtung aus den Pariser Verträgen nur auf der Grundlage einer Bundeswehr aus Freiwilligen zu treffen. Die allgemeine Wehrpflicht wird abgeschafft.

Diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen sind zu allen Staaten herzustellen, die dazu bereit sind. Die Spaltung Europas ist nur durch beharrliche Bemühungen um eine Zusammenarbeit aller seiner Völker zu überwinden. Nur

so kann Europa seinen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten, in sich das soziale Gefälle ausgleichen und den aufstrebenden Völkern in den Entwicklungsländern Asiens und Afrikas ein helfender Partner werden.

Der Handel zwischen der Bundesrepublik und der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands kann die Spannungen zwischen West und Ost mildern und die persönlichen Beziehungen zwischen den Menschen im geteilten Deutschland verbessern. Wirtschaftliche Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands sind bedeutungsvoll für die Entwicklung des Gemeinsamen Europäischen Marktes und für die stetige Entwicklung des Handels mit den Staaten jenseits der deutschen Ostgrenzen. Hier liegt eine wichtige Aufgabe jeder deutschen Wiedervereinigungspolitik.

Soziale Gerechtigkeit bringt Sicherheit

Die Wirtschaft hat in gerechter Weise allen Menschen zu dienen. Im „deutschen Wirtschaftswunder“ hat eine kleine Schicht große Vermögen ansammeln können. Arbeiter, Angestellte und Beamte, die meisten mittleren und kleinen Unternehmer sowie die freien Berufe sind stark benachteiligt worden. Vor allem wurden die großen Vermögen steuerlich begünstigt sowie durch Selbstfinanzierung über den Preis und durch erhöhte Abschreibungen vergrößert. Dagegen wurde das Einkommen der Mehrheit der Bevölkerung durch übermäßige Besteuerung des Verbrauchs stärker belastet.

Allgemeine Preissteigerungen verhindern den Aufbau einer gesunden Sozialordnung. Sie verringern die Kaufkraft fester Einkommen und entwerten die Sparvermögen. In der ungerechten Vermögens- und Einkommensverteilung und in den dauernden Preissteigerungen liegen die tieferen Ursachen der sozialen Unruhe weiter Kreise des Volkes.

Wir brauchen stabile Preise. Deshalb müssen die Ursachen der Preissteigerung beseitigt werden. Preisstopp und allgemeine staatliche Preisfestsetzungen sind keine Mittel freiheitlicher Wirtschaftspolitik. Der Ausfuhr von Gütern muß eine entsprechende Einfuhr gegenüberstehen, sonst wird das Angebot auf dem Inlandmarkt verknappt und die Preise hochgetrieben. Die Einfuhr von Gütern ist durch Zollsenkungen und andere Einfuhrerleichterungen zu erhöhen. Die Politik der jetzigen Bundesregierung, durch die Ausschüttung von Reserven in Zeiten der Hochkonjunktur zusätzliche Kaufkraft zu schaffen, ist inflationistisch. Die Rüstungsausgaben sind angemessen zu begrenzen.

Die Vermögens- und Einkommensbildung muß gerechter gestaltet werden. Das kann nicht Aufgabe eines einmaligen politischen Aktes sein. Das ist ein Prozeß, den wir mit allen Mitteln der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik fördern wollen. Den Arbeitnehmern soll durch eine Ausgestaltung des Wirtschafts- und Steuerrechts ermöglicht werden, sich über Lohn und Gehalt hinaus an der Vermögensbildung der deutschen Wirtschaft zu beteiligen.

Ein menschenwürdiges Dasein ist nur gesichert, wenn jeder Arbeitsfähige einen Arbeitsplatz erhält, der seinen Anlagen, seinem Können und seinen Neigungen entspricht. Darum muß eine zielbewusste Politik die Vollbeschäftigung der Wirtschaft sichern.

Wir Sozialdemokraten fordern eine freie wirtschaftliche Entwicklung, freien Wettbewerb und ein dem Gemeinwohl verpflichtetes privates Eigentum. Kartelle, Monopole und marktbeherrschende Unternehmensgruppen sind daran zu hindern, ihre Vormacht zum Nachteil schwächerer Gruppen zu mißbrauchen.

Ein stetiges Wachstum der Wirtschaft und die Ausschaltung von Krisen sind nur möglich, wenn sich die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik des Staates, die Geld- und Kreditpolitik der Notenbank, die freien Entscheidungen der Unternehmen sowie die autonome Lohn- und Arbeitspolitik der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu einer einheitlichen volkswirtschaftlichen Zielsetzung verbinden. Unsere freiheitliche Gesellschaft ist vor zwangswirtschaftlichen Maßnahmen zu schützen. Dazu muß ein Nationalbudget, wie es in den meisten modernen Industriestaaten des demokratischen Westens längst eingeführt ist, von der Bundesregierung aufgestellt und vom Bundestag bestätigt werden, um eine einheitliche Zielsetzung auf demokratische Weise zu sichern.

Die Erzeugung von Atomenergie bedarf wegen ihrer Gefährlichkeit besonderer Aufsicht. Der Ausbau der Kohlewirtschaft und die Entwicklung der Atomenergie erfordern einen riesigen Kapitalaufwand, der nur mit Hilfe der öffentlichen Hand aufgebracht werden kann. Kohlebergbau und Atomwirtschaft sind unter demokratischer Kontrolle als Grundlage eines Wohlstandes für alle zu betreiben.

Bundeseigene Unternehmen, die für eine aktive Wirtschaftspolitik im Interesse der Verbraucher, für eine gesunde Preispolitik von Bedeutung sind, sollen im Bundesbesitz bleiben.

Jedes Jahr sterben auf unseren Straßen 13 000 Menschen den Unfalltod. Deshalb ist es unabweisbar notwendig, durch Bund, Länder und Gemeinden in viel stärkerem Umfang als bisher moderne, leistungsfähige Straßen zu bauen.

Die freien Berufe verdienen wegen ihres besonderen Beitrages zur kulturellen Entfaltung und zur wirtschaftlichen Entwicklung stärkere Förderung, die vor allem die Unabhängigkeit ihres schöpferischen Wirkens sowie die Wiederherstellung ihrer Leistungsfähigkeit sichert.

Die kleinen und mittleren Betriebe des Handels, des Handwerks, des übrigen Gewerbes und der Landwirtschaft sind wichtige Glieder der freiheitlichen Gesellschaft. Eine zielklare Mittelschichtenpolitik wird ihnen den Anschluß an die steigenden Anforderungen einer modernen Wirtschaft ermöglichen. Das Genossenschaftswesen bedarf besonderer Pflege, damit sich die kleinen und mittleren Betriebe die Vorzüge großbetrieblicher Unternehmensformen zunutze machen können. Die Altersversorgung auch der Selbständigen ist eine unabweisliche Aufgabe.

Sozialdemokratische Sozialpolitik bekämpft die Ursachen der sozialen Not. Die Gesundheit des Menschen ist ein unschätzbare Wert. Der Sozialplan der Sozialdemokratie sieht eine Gesundheitsförderung vor, die der anwachsenden vorzeitigen Berufsunfähigkeit ein Ende setzt. Der frei praktizierende und guthonorierte Arzt wird seine Patienten nach besten medizinischen Erfahrungen behandeln können.

Der Familie sind die wirtschaftlichen Grundlagen und die Entfaltung ihrer Eigenverantwortung zu sichern. Deshalb dürfen Mütter vorschulpflichtiger oder schulpflichtiger Kinder nicht mehr durch wirtschaftliche Not gezwungen sein, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Die Berufsausbildung ist modernen Anforderungen anzupassen. Der Mensch am Arbeitsplatz bedarf des Schutzes durch ein besonderes Gesetz. Die Gleichstellung aller Arbeitnehmer im Krankheitsfall ist ein Gebot, das endlich erfüllt werden muß.

Die mit Hilfe der Technik steigende Produktivität der Arbeitskraft kann die Menschen besser versorgen und ihre Arbeitslast erleichtern. Sie soll vor allem zu

einer Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich führen. Die so gewonnene freie Zeit schafft den arbeitenden Menschen die Möglichkeit, ihr Leben in Freiheit würdiger zu erfüllen, sich ihrer Familie und öffentlichen Aufgaben zu widmen.

Der soziale Wohnungsbau soll einer besseren Versorgung der kaufkraftschwachen Bevölkerung mit gesunden, preiswerten und familiengerechten Wohnungen dienen. Dabei ist die Eigentumsbildung besonders zu fördern. Voraussetzung für den sozialen Wohnungsbau sind die Bekämpfung der Bodenspekulation und die Bereitstellung billigen Baulandes.

Eine ausreichende wirtschaftliche Sicherung der Alten, der Berufsunfähigen, der Kranken, der Kriegsopter, und der Lastenausgleichsempfänger ist noch immer nicht erreicht, obwohl unter dem Druck der Sozialdemokraten die Renten endlich erhöht worden sind. Vor allem müssen die Renten automatisch dem Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung angepaßt werden.

Geistige Freiheit und Festigung der Demokratie

Die Sozialdemokratie bekennt sich zu den Werten unseres geistigen, religiösen und kulturellen Erbes. Die Würde des Menschen, die Freiheit seines Gewissens und die Freiheit des Geistes sind Leitbild sozialdemokratischer Politik. Freiheit und soziale Gerechtigkeit bedingen einander. Sie sind die Grundlagen unserer Demokratie.

Die Öffentlichkeitsaufgabe der Kirchen ist zu achten und zu schützen. Aber die Religion darf nicht dadurch herabgewürdigt werden, daß man sie zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht oder zum Vorspann materieller Interessen erniedrigt.

Die zweite industrielle Revolution birgt Möglichkeiten großen Wohlstandes, aber auch Gefahren für die Freiheit. Wachsende Zusammenballungen wirtschaftlicher Kräfte versuchen, ihre Gruppeninteressen dem Staat aufzuzwingen. Diese Gefahr für den demokratischen Staat und für die kulturelle und politische Freiheit des Volkes nimmt in dem Maße zu, in dem auch die modernsten technischen Verfahren der Meinungsbildung in den Dienst einseitiger Beeinflussung gestellt werden.

Nur in enger Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik können diese Gefahren überwunden und die neuen Aufgaben bewältigt werden. Diese Zusammenarbeit muß im Zeichen voller Freiheit stehen. Diese allein gibt der Demokratie ihre Überlegenheit über Diktaturstaaten.

Wissenschaft und Forschung erfordern große Mittel, und zwar nicht nur für die Entfaltung der Naturwissenschaften und der Technik. Ohne die Entwicklung auch der Geisteswissenschaften und ohne die öffentliche Förderung unabhängiger Kulturleistungen lassen sich unsere Aufgaben nicht meistern. Die Freiheit des Geistes, die soziale Gerechtigkeit und der Gedanke der Nächstenliebe und Solidarität sind an Kraft jeder totalitären Ideologie überlegen.

Ein deutscher Forschungsrat wird berufen, der in voller Freiheit alle im Hinblick auf die Zukunftsaufgaben drängenden Probleme untersucht und ungehindert seine Erkenntnisse der Öffentlichkeit mitteilt.

Das neue Zeitalter verlangt bessere Ausbildungs- und Bildungsmöglichkeiten für alle. Hier werden die Grundlagen der künftigen Lebensordnung, unserer künftigen Leistungsfähigkeit gelegt. Die Regierung Adenauer hat die Forderungen

der Zeit nicht begriffen. Sie müssen in der Bundesrepublik in enger Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erfüllt werden. Föderalismus bedeutet, daß nicht nur der Bund, sondern auch Länder und Gemeinden finanziell in der Lage sein müssen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die kommunale Selbstverwaltung mit ihren vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben bedarf der Stärkung. Deshalb darf sie ohne einen finanziellen Ausgleich nicht weiter durch die Bundesgesetzgebung belastet werden.

Schulen und Hochschulen müssen ausgebaut, die Lehrkörper vergrößert und besser besoldet, ihre Lehrpläne den Aufgaben von morgen angepaßt werden. Schichtunterricht und überfüllte Klassenräume und Hörsäle sollen endgültig der Vergangenheit angehören. Neben voller Lehr- und Lernmittelfreiheit sind ausreichende Stipendien und Erziehungsbeihilfen nötig. Kein Student darf gezwungen sein, sich seine Studien durch Werkarbeit zu verdienen. Erhöhte Leistungsanforderungen bedingen verstärkte Leistungsfähigkeit.

Die Achtung der Freiheit und Würde des Menschen und unsere Verpflichtung, die Demokratie durch verantwortungsbereite Staatsbürger zu sichern, verlangen, daß der Zugang zur Bildung jedermann nach Leistung und Neigung in gleicher Weise offensteht und für ihn wirtschaftlich gesichert ist.

Ein neuer Aufbau unseres Schulwesens wird der Begabung und der Initiative der Jugend den Weg zur vollen Entfaltung frei machen. Die Pflichtschulzeit ist auf neun, später auf zehn Jahre zu erhöhen. Neben dem bisherigen Bildungsweg wird ein zweiter geöffnet, der von der Grundschule und einem gelernten Beruf in die Fachschule und bis zur Hochschule führt.

Von der Grundschule bis zur Hochschule und zur Erwachsenenbildung ist die Pflege der politischen Bildung des Volkes unerlässlich. Unsere Vergangenheit und Gegenwart müssen unverfälscht dargestellt, Tradition und Leistungen unserer Kultur lebendig gemacht, die junge Generation auf die Aufgaben der Zukunft vorbereitet werden. Unsere Jugend muß erfahren, daß sie nicht Objekt staatlicher Maßnahmen ist, sondern die Chance hat, ihr Leben selber zu gestalten und ihren Beruf frei zu wählen. Die Förderung des Sports und der unpolitischen und politischen Jugendorganisationen ist eine Verpflichtung der Öffentlichkeit.

Die gesamte Volksbildung lebt aus dem Geist der Toleranz, dem Verständnis für den Andersdenkenden und der Achtung seiner Persönlichkeit und seiner Überzeugung. Die Freiheit der Meinungsäußerung muß wieder unantastbar werden. Nur so werden jedem die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit und ein erfülltes Leben ermöglicht. Nur dann wird er sich vorbehaltlos für unsere Demokratie einsetzen. Das Ausmaß dieses Einsatzes für unseren Staat entscheidet dessen Schicksal.

Die Wende der Politik

Am 15. September geht es nicht nur um das Schicksal der Bundesrepublik, es geht um das ganze deutsche Volk. Die Politik des Wettrüstens hat uns die Wiedervereinigung Deutschlands gekostet und 18 Millionen Deutsche kommunistischer Zwangsherrschaft überlassen. Diese 18 Millionen bezahlen den höchsten Preis für einen Krieg, den wir alle verloren haben. In acht Jahren hat die Regierung Adenauer keinen realistischen Vorschlag zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Begründung wirklicher Sicherheit für ganz Europa gemacht. Dem Ja zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und der Bereitschaft zur Ausrüstung mit Atomwaffen stand acht Jahre nur ein Nein zu allen Vorschlägen anderer Parteien für die Einheit Deutschlands gegenüber. Große Parteien und mit ihnen Millionen

Bürger unseres Staates werden diffamiert, weil sie nicht bereit sind, dieses Fiasko in den Lebensfragen deutscher Politik hinzunehmen. Die großen Leistungen der deutschen Länder und Gemeinden, vor allem der unter sozialdemokratischer Führung stehenden, werden von der Bundesregierung einfach geleugnet. Die Bundesregierung ist ein bloßes Ausführungsorgan der CDU/CSU geworden. Mit ihrer absoluten Mehrheit hindert sie das Parlament an der Ausübung seiner wichtigsten Kontrollfunktionen, die ein demokratisches Parlament von einer „Volkskammer“ unterscheiden. Die Regierung Adenauer hat mit Millionenfonds, die von den Steuerzahlern aufgebracht werden, aber der parlamentarischen Kontrolle entzogen sind, die öffentliche Meinungsbildung beeinflusst, um den Anspruch einer Partei auf Alleinherrschaft zu sichern.

Die steuer- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die Adenauers CDU durchgesetzt hat, beweisen die Abhängigkeit dieser Partei von den Wirtschaftsgruppen, die ihre Millionen-Zuwendungen an die CDU auch noch von der Steuer absetzen können. Die Interessen dieser Gruppen sind verantwortlich dafür, daß die Sozialreform zwar begonnen, aber nicht durchgeführt wurde, daß es Steuererleichterungen, aber keine Steuerreform gegeben hat.

Die Aufgabe einer dauerhaften und gerechten inneren Neuordnung unseres Staates blieb ebenso ungelöst wie die der Sicherung unserer nationalen Existenz nach West und Ost. Von diesen Ergebnissen der acht Jahre Adenauerscher Politik profitieren nur die Kräfte, die wie das Pankower Regime von der Teilung Deutschlands leben; daran finden nur die Mächte Gefallen, die wie Moskau an der Teilung Europas interessiert sind. Wir Deutschen wollen mit der Einheit unseres Landes in Frieden und Freiheit auch eine neue Ordnung und Sicherheit in Europa. Darum fordern wir die Wende in der deutschen Politik.

Mit seiner Entscheidung für die deutsche Sozialdemokratie wird der Wähler am 15. September diese Wende herbeiführen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD-Frauenprogramm

(Sitzung Parteivorstand, Partelausschuß, Kontrollkommission und Bundestagsfraktion am 15. Juni 1957 in Dortmund)

I.

Ein Staat kann freiheitlich und demokratisch nur sein, wenn jeder seiner Bürger die gleichen Rechte hat.

Die SPD setzt sich daher für die politische, wirtschaftliche, rechtliche und soziale Gleichberechtigung der Frau ein.

Die SPD handelt dabei aus der Erkenntnis, daß die Frau in ihrer Art und Bedeutung für die Gesellschaft dem Manne gleichwertig ist, ohne ihm gleichartig zu sein. Darum hat die Frau — unbeschadet ihrer Gleichberechtigung — Anspruch auf besonderen Schutz.

In der Familie sieht die SPD die selbstverständliche Grundlage der Gesellschaft. Hausfrau und Mutter zu sein, ist nicht nur eine natürliche Aufgabe der Frau, sondern auch gesellschaftspolitisch von großer Bedeutung.

Wir erstreben eine wirtschaftliche Ordnung, in der keine Mütter vorschulpflichtiger und schulpflichtiger Kinder aus wirtschaftlicher Not gezwungen ist, Erwerbsarbeit zu leisten.

Die Gesetzgebung, insbesondere das Ehe- und Sozialrecht, muß die Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit werten. Im Familienrecht müssen der Frau sowohl in ihrer

Ehe dem Mann gegenüber wie auch als Mutter dem Vater ihrer Kinder gegenüber dieselben Rechte zustehen.

Ebenso ist die alleinstehende Frau in ihrer menschlichen und gesellschaftlichen Bedeutung gleichberechtigt anzuerkennen. Sie hat Anspruch auf Schutz und Hilfe der Allgemeinheit als Mutter, als Arbeitnehmerin und als Versorgerin abhängiger Familienangehöriger.

II.

Für alle Mädchen und Frauen fordern wir:

- Gleiche Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten;
- die gleichen Berufs- und Aufstiegsaussichten, besonders auch im öffentlichen Dienst;
- erhöhten Arbeitsschutz;
- Verbesserung des Mutterschutzgesetzes;
- gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit;
- Recht auf den Arbeitsplatz;
- Anpassung des Arbeitsplatzes an die Besonderheiten der Frau.

Im Interesse besserer Berufsaussichten halten wir den Ausbau der Berufs- und Fachschulen für Mädchen unbedingt erforderlich.

Ohne Beeinträchtigung der allgemeinen Schul- und Berufsausbildung sollen alle Mädchen an Schulen und Berufsschulen zeitgemäßen Unterricht in moderner Haushaltführung erhalten.

III.

Für Frau und Familie fordern wir:

1. Gesunde, familiengerechte Wohnungen, die den Anforderungen rationeller Haushaltführung und neuzeitlicher Hygiene entsprechen. Auch für Alleinstehende sollten in allen Neubauvorhaben Kleinwohnungen vorgesehen werden.
Die Wohnungen müssen zu tragbaren Mieten erstellt werden. Ein umfassender Mieterschutz ist eine der Voraussetzungen für eine ehrliche Familienpolitik.
2. Eine Wirtschaftspolitik, die Preistreiberei verhindert und der Familie eine ausreichende, gesunde, neuzeitliche Ernährung und die Versorgung mit Verbrauchsgütern zu erschwinglichen Preisen sichert.
Dazu sind u. a. folgende Maßnahmen notwendig:
Die von der SPD seit langem geforderte Beseitigung der Verbrauchssteuern, Erhöhung der Einfuhren, umfassende Zollsenkungen, Vereinfachung der Umsatzsteuer und Befreiung der Waren des notwendigsten Bedarfs von der Umsatzsteuerbelastung.

Im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln fordern wir:

- eine weitere gründliche Reform des Lebensmittelrechts;
- Ausbau der Forschung und der Lebensmittelüberwachung;
- wirksame Bestrafung der Lebensmittelfälschungen;
- Reinheit der Hauptnahrungsmittel von Chemikalien und anderen fremden Stoffen;
- Beachtung der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung bei der Zulassung von Hilfsstoffen in der Ernährungswirtschaft.

Im Interesse der Ermöglichung einer rationellen, modernen Haushaltführung erstreben wir:

Ausbau der Verbraucher- und Hausfrauenberatung;
Produktion und Verkauf von arbeitsparenden Haushaltmaschinen zu Preisen, die einem ständig wachsenden Kreis von Haushaltungen die Anschaffung ermöglicht.

3. Sozialpolitische und familienfördernde Maßnahmen, zu denen vor allem gehören:

Ausbau des Mutterschutzes für Hausfrauen und mithelfende Familienangehörige;
Kindergeld für alle Kinder vom 1. Kind an aus öffentlichen Mitteln;
umfassende Gesundheitsfürsorge;
Ausbau der Erholungsfürsorge für Frauen und Mütter;
gesetzlich geregelte Hauspflege und Heimhilfen;
Förderung der Einrichtung von Kindergärten, Horten und Kindertagesheimen;
Ausdehnung der Heilverfahren der Rentenversicherungen auch auf Familienangehörige;
Herabsetzung der Altersgrenze für Ruhegeld auf 60 Jahre für alle Frauen;
Einbeziehung der Hausfrauen in die gesetzliche Unfallversicherung;
Elternrente beim Tode alleinstehender Versicherter;
Steuerklasse II für Alleinstehende ab 50 Jahre.

IV.

Im Interesse der Kinder und Jugendlichen fordern wir:
Finanzielle Unterstützung der Gemeinden aus Bundesmitteln für den Schulneubau und Schulausbau zur Überwindung der Schulraumnot und des Schichtunterrichtes in überfüllten Klassen;
Milchfrühstück für alle Schul- und Kindergartenkinder;
Erziehungs- und Studienbeihilfen und Koordinierung der bereits bestehenden Leistungen.

V.

Alle Familienpolitik, alle Vorsorge für Frauen und Kinder würde hinfällig, wenn es nicht gelingt, den 3. Weltkrieg zu verhindern und schon jetzt die Menschheit vor den Gefahren der Versuchsexplosionen zu schützen.

Wir setzen uns daher ein:

1. für eine Politik, die beide Teile Deutschlands aus dem Atomwetterrüstungen heraushält;
2. für ein sofortiges Verbot der Atom- und Wasserstoffbomben-Versuchsexplosionen;
3. für alle Vorsichtsmaßnahmen bei der friedlichen Verwendung der Atomkraft;
4. für eine Politik der weltweiten Entspannung und der kontrollierten Abrüstung mit dem Ziel der endgültigen Ächtung des Krieges.

Mobilisierung des Geistes

(Sitzung Parteivorstand, Parteiausschuß, Kontrollkommission und Bundestagsfraktion am 15. Juni 1957 in Dortmund)